

55/2023

KLUB DER FREIHEITLICHEN GEMEINDERÄTE

Rathaus
Rathausplatz 1
9500 Villach

M: +43 (0)664 42 052 81
E: villach.klub@freiheitliche-ktn.at



Eingelangt am: 1.12.23
Entgegengenommen
von: *Sandmann Gaida*
Dringlichkeit zuerkannt: O ja nein
Inhalt des Antrages:
O angenommen mit Stimmen von:
O abgelehnt mit Stimmen von:
Enthaltungen:
Antragsnummer:

An den
Gemeinderat der Stadt Villach
Rathausplatz 1
9500 Villach

01.12.2023

Dringlichkeitsantrag der FPÖ Gemeinderäte gemäß § 42 Villacher Stadtrecht
Abschaffung der Landesumlage

Die finanzielle Lage der Gemeinden in Kärnten ist äußerst prekär und resultiert aus einer Vielzahl von Faktoren wie steigenden Preisen, hoher Inflation und wirtschaftlicher Unsicherheit. Maßnahmen des Bundes ohne entsprechende finanzielle Ausgleichszahlungen, wie die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Photovoltaikanlagen, haben die Einnahmen der Gemeinden weiter dezimiert. Gleichzeitig sind die Ausgaben für Bereiche wie Gesundheit und Pflege stark gestiegen, was zu erhöhten Transferzahlungen an das Land geführt hat.

Seit dem Vorjahr warnen der Kärntner Gemeindebund und der Städtebund vor einer finanziellen Katastrophe. Diese ist mittlerweile schon teilweise eingetreten. Prognosen zeigen, dass für das Jahr 2024 voraussichtlich keine einzige Gemeinde mehr ein ausgeglichenes Budget vorweisen kann – eine noch nie dagewesene Situation. Und das, obwohl die Kärntner Gemeinden österreichweit die geringste Pro-Kopf-Verschuldung und niedrige Personalstände (je 1.000 Einwohner) verzeichnen!

Das Budgetdefizit im kommunalen Bereich wird derzeit auf etwa 160 Millionen Euro geschätzt. Das bedeutet, dass zahlreiche Gemeinden nicht mehr in der Lage sein werden, ihre laufenden Ausgaben zu decken oder zu investieren. Die Auswirkungen wären verheerend: Als bedeutende öffentliche Investoren hätten Gemeinden keinerlei Spielraum mehr für Investitionen, was zu einem weiteren Rückgang im bereits schwächelnden Baubereich führen würde. Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung und den Ausbau des Verkehrswesens wären ebenfalls stark gefährdet.

Vor diesem Hintergrund wäre die Abschaffung der Landesumlage dringend notwendig. Diese Umlage stellt eine beträchtliche finanzielle Belastung für die Gemeinden dar. Die Abschaffung würde den Gemeinden die Möglichkeit bieten, mehr Mittel für die Förderung der lokalen Wirtschaft, für Unternehmen und die Entwicklung der Gemeindeinfrastruktur einsetzen zu können.

Angesichts der akuten finanziellen Notlage und der drohenden Zahlungsunfähigkeit ab Mitte 2024, erscheint die Abschaffung der Landesumlage als entscheidende Maßnahme, um den Gemeinden ihre dringend benötigte finanzielle Stabilität zu gewährleisten.

Die unterfertigenden Gemeinderäte stellen daher den

ANTRAG:

Die Stadt Villach ersucht den Kärntner Landtag, die Landesumlage für die Gemeinden in Kärnten abzuschaffen.

Handwritten signatures in blue ink:
- Top left: *Alwin*
- Middle left: *Walter*
- Middle right: *Hubert*
- Far right: *...*
- Bottom center: *...*
- Bottom right: *Andreas Tarschewy*